

Mitteilung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	04.11.2013
Bezirksvertretung 1 (Innenstadt)	07.11.2013
Wirtschaftsausschuss	12.12.2013

Einsatz von WLAN in der Internetstadt Köln - Gesamtstrategie "Internetzugang in der Kölner Innenstadt"

Der Rat der Stadt Köln hat die Verwaltung mit der Realisierung und der Fortschreibung des Konzeptes „Internetstadt Köln“ beauftragt. In dem Konzept spielt das Thema „WLAN“ an verschiedenen Stellen eine Rolle.

Dabei stellt die „WLAN-Technologie“ eine Technologie dar, mit der es Nutzerinnen und Nutzern ermöglicht wird, von beweglichen Endgeräten aus auf das Internet zuzugreifen.

Bei der Frage „Einsatz von WLAN in der Internetstadt Köln“ handelt es sich daher nicht um eine einzelne zu beleuchtende Fragestellung, sondern um sehr unterschiedliche „Teil-Projekte“ bzw. „Teil-Bereiche“, bei denen der Zugang zum Internet mit Hilfe der Technologie „WLAN“ realisiert wird. Dabei ist der Einsatz von WLAN im Stadtgebiet nicht neu, sondern schon seit einigen Jahren gelebte Praxis.

So gibt es im Stadtgebiet bereits Public Hotspots verschiedener Provider. Ebenso werden bereits seit längerer Zeit drahtlose Netzwerke an Schulen eingesetzt, um neue Medien sinnvoll in den Unterricht integrieren zu können. Auch die Stadtbibliothek Köln bietet ihren Nutzerinnen und Nutzern Zugang zum Internet mittels WLAN an, ebenso wie eine große Anzahl von Gastronomie-, Event- und Hotelbetrieben.

Die komplexe Herausforderung im Konzept Internetstadt besteht darin, die einzelnen Einsatzbereiche und Ansätze weiter zu entwickeln und dennoch im ganzheitlichen Sinne einer bereichsübergreifenden Strategie miteinander zu „vernetzen“ beziehungsweise aufeinander abzustimmen.

Entsprechend ist es Ziel, bei den Überlegungen zur Verfügbarkeit von „mobilem“ Internet im Stadtgebiet nicht nur einzelne Fragestellungen oder „Spots“ zu betrachten wie zum Beispiel einzelne Hotspots auf den Haupteinkaufsstraßen, sondern über den „Tellerrand“ hinauszuschauen und einen umfassenderen Ansatz zu finden.

Dabei geht es insgesamt zunächst darum, in Bereichen mit hoher Besucherfrequenz, besonderer Aufenthaltsqualität, besonderem Bildungsauftrag, oder weiteren Besonderheiten, eine Grundversorgung mit Internetzugang über WLAN anzubieten.

Um dem Ziel und damit der Weiterentwicklung Kölns im Sinne des Konzeptes Internetstadt gerecht zu werden, sind folgende wesentliche Eckpunkte Bestandteil der aktuellen städtischen Strategie:

1. Beitrag zur Grundversorgung durch Provider

Die neue Geschäftsleitung der Netcologne hat die Stadt Köln darüber informiert, dass sie beab-

sichtigt, ihre Aktivitäten im Bereich „öffentlich zugängliches WLAN“ stufenweise auszubauen und perspektivisch entsprechende Geschäftsmodelle weiter zu entwickeln. Derzeit führt die Stadtverwaltung Gespräche mit der Netcologne, um die Planungen hinsichtlich der Versorgung öffentlicher Räume mit WLAN in das Gesamtkonzept der Stadtverwaltung einfließen lassen zu können. Die begonnenen Gespräche werden bis Ende November abgeschlossen sein und beinhalten unter anderem eine Festlegung der öffentlichen Bereiche, an denen kurzfristig (1. Quartal 2014) und mittelfristig ein Internetzugang über WLAN verfügbar sein wird.

2. Beitrag zur Grundversorgung durch die Stadt Köln

Die Stadtverwaltung wird ihrerseits rechtlich prüfen, ob die vorhandene und noch zu realisierende eigene WLAN Infrastruktur (wie zum Beispiel im Bereich des Rathauses) abgeschottet von der internen Nutzung teilweise zur öffentlichen Nutzung freigegeben werden kann. Dabei werden insbesondere zunächst stark frequentierte und besondere Bereiche wie beispielsweise Wartebereiche in Bürgerämtern, Zulassungsstelle, Standesamt, Kultureinrichtungen, etc. betrachtet.

3. WLAN-Infrastruktur in Kölner Schulen

Die Stadtverwaltung hat in Zusammenarbeit mit der Medienberatung und den Schulen zwischenzeitlich ein Konzept für mobiles Lernen und ein darauf basierendes WLAN-Konzept speziell an Schulen erarbeitet. Nach erfolgreich abgeschlossener Ausschreibung wurde im August mit der standardisierten Installation weiterer WLAN Infrastruktur an Schulen begonnen.

Die Stadtverwaltung wird den Ausbau von Schul-WLAN weiter vorantreiben und - wo möglich - Fördermittel auf Landes-, Bundes- oder europäischer Ebene beantragen und entsprechende Projekte starten (wie aktuell die "Initiative zum elektronisch unterstützten Lernen (E-Learning)" der europäischen Kommission.)

4. Angebote der städtischen und stadtnahen Gesellschaften

Die Stadtverwaltung bezieht den Stadtwerkekonzern insgesamt eng in die Planungen und Ausbaustufen ein. Ziel ist es, soweit nicht bereits realisiert, dass auch der Stadtwerkekonzern in seinen entsprechenden Einrichtungen den Zugang zu Informationen im Internet über WLAN zur Verfügung stellt.

5. Stadtinfrastruktur 2.0 / Integrierte Stadtplanung

Die Stadtverwaltung wird sicherstellen, dass bei Projekten der Stadtentwicklung oder der Infrastrukturentwicklung auch über die Grenzen der Stadtverwaltung hinaus das Thema „Internet“ stets mit geprüft bzw. berücksichtigt wird (zum Beispiel bei der Erschließung neuer Wohn- und Gewerbegebiete, Bau neuer Parkhäuser, zukünftige Stadtmöblierung, etc.).

6. Stadtinfrastruktur 3.0

Die Stadtverwaltung strebt darüber hinaus an, gemeinsam mit interessierten/geeigneten Partnern Prozesse zu initiieren, die auf die „Entwicklung zukünftiger Technologien“ in Zusammenhang mit Stadtentwicklung, Infrastrukturentwicklung eingehen (zum Beispiel KFZ mit Internetanschluss, Induktionsschleifen zum Aufladen elektrischer Fahrzeuge im Straßenland, Verkehrslenkung bzw. Koordination (z.B. im Zusammenhang mit Schwerlasttransporten), Stromtankstellen, etc.).

7. Stadtgesellschaft 3.0 / Soziale Teilhabe und Chancengleichheit

Neben den technischen Fragestellungen sind für zukünftige Handlungsempfehlungen auch Fragestellungen der sozialen Teilhabe und Chancengleichheit auch unter wissenschaftlicher Sicht zu betrachten. Die Entwicklung der Stadtgesellschaft 3.0 steht im unmittelbaren Zusammenhang mit der technischen Entwicklung und der Stadtinfrastruktur 3.0 und umgekehrt. Die Stadtverwaltung wird daher prüfen, mit welchen geeigneten Projektpartnern es sinnvoll ist, entsprechende Aktivitäten anzustoßen und/oder gezielte Pilotprojekte zu initiieren und zu evaluieren.

8. Flankierende / Begleitende Maßnahmen

Die Stadtverwaltung wird das Thema durch flankierende Maßnahmen begleiten. So zum Beispiel durch Klärung von rechtlichen Fragen, Beantragung von Zuschüssen internetspezifischer Projekte aus nationalen und internationalen Fördertöpfen, wie zum Beispiel aktuell E-Learning auf europäischer Ebene, Entwicklung und Integration weiterer Serviceangebote, die sinnvoll in das Projekt „Grundversorgung mit Internet“ integriert werden können, wie beispielsweise auch neue Services

oder Visualisierungskonzepte wie Augmented Reality, mobile Hygienekontrolle, und ähnliches.

Alle Maßnahmen stehen unter dem Vorbehalt der gesicherten Finanzierung.